

Bernd Senf

Eine konstruktive Umlaufsicherung - mögliche Alternative zum Zinssystem?

Auszug aus dem Buch "Der Nebel um das Geld"

von Prof. Bernd Senf, Gauke 1996, S. 120ff., Kap. 7.5.7.



Zinsverbot im Christentum und im Islam

Angesichts der vielfältigen Problematik des Zinssystems drängt sich natürlich die Frage auf, ob es zum Zins überhaupt irgendwelche Alternativen geben kann oder ob er einfach abgeschafft werden sollte. Sogar große Religionsstifter wie Christus und Mohammed haben ein Zinsverbot gefordert und das Zinsnehmen als unmoralisch abgelehnt. Dadurch, daß den Christen lange Zeit das Zinsnehmen verboten war und den Juden andererseits der Zugang zu den meisten Berufen und Gewerben versperrt war, wurden die Juden vielfach in Geldgeschäfte abgedrängt und schließlich ganz mit ihnen identifiziert.

Der Mißbrauch der Zinskritik im Faschismus

Der Faschismus machte sich übrigens diese Verbindung von Juden und Geldkapital ideologisch zunutze, um die Stimmung im Volk gegen die Juden aufzuhetzen. Eine seiner vielen massenpsychologisch wirksamen Parolen in diesem Zusammenhang hieß "die Brechung der Zinsknechtschaft". Aber dem Faschismus ging es nicht wirklich um die Überwindung des Zinssystems (an dem er nichts verändert hat), sondern um die Enteignung und Vernichtung der Juden. Ansonsten hat sich der Nationalsozialismus mit dem großen Kapital bestens arrangiert - und umgekehrt.

Die Forderungen nach Überwindung des Zinssystems, wie sie Gesell schon zu Beginn des Jahrhunderts und verstärkt während und nach dem Ersten Weltkrieg formuliert hatte, zielten in eine ganz andere Richtung, und ich halte es für abwegig, sie in die Nähe faschistischen Gedankengutes zu rücken (wie dies teilweise geschehen ist). (33)

Das Zinsverbot allein reicht nicht aus

Während die christlichen Kirchen an vielen Geboten und Verboten festhielten, obwohl diese immer wieder mißachtet worden waren, haben sie das ursprüngliche Zinsverbot längst aufgehoben. Das Verbot allein konnte die damit zusammenhängenden Mißstände in keiner Weise unterbinden, weil es immer wieder unterlaufen wurde. Und vielleicht waren die Interessen der Kirchen an der Vermehrung ihres eigenen Geldvermögens schließlich so groß, daß sie das Zinsverbot aufhoben. Wenn erst einmal das Interesse an der bloßen Geldvermehrung die Menschen ergriffen hat und stärker wirkt als gesetzliche oder moralische Verbote, reicht das Zinsverbot allein auch gar nicht aus. Es würde nur zu Stockungen des Geldkreislaufs und zu Wirtschaftskrisen führen.

Die Schaffung einer konstruktiven Umlaufsicherung des Geldes

Wenden wird uns also der Frage zu, welche Alternativen es zum Zinssystem geben könnte. Wenn der Zins seine logische und historische Ursache in der widersprüchlichen Funktion des Geldes hat, dann müßte doch die Veränderung an diesem Punkte ansetzen, dann müßte sozusagen der Boden, auf dem der Zins gedeihen kann, ausgetrocknet werden. Wie könnte also ein Geldsystem aussehen, in dem das Geld aus seiner widersprüchlichen Funktion herausgelöst ist und ausschließlich die Funktion als allgemeines Tauschmittel, das heißt als fließendes Geld erfüllt? Die erste Voraussetzung dafür wäre, anstelle des in vieler Hinsicht problematischen Zinses eine andere - und zuverlässigere - Umlaufsicherung des Geldes einzuführen, um das Geld in einem kontinuierlichen Fluß zu halten, und auf diese Weise auch den kontinuierlichen Fluß der

Waren zu ermöglichen. Die Überlegenheit des Geldes gegenüber den Waren (und damit die Überlegenheit der Geldbesitzer über die Warenbesitzer) müßte abgebaut werden.

Wenn die Überlegenheit darin begründet ist, daß das Geld unverderblich ist und ohne Lagerkosten zurückgehalten werden kann, so müßte die Umlaufsicherung genau an diesem Unterschied ansetzen: Sie müßte das Zurückhalten von Geld mit den gleichen Kosten belasten, wie für die Zurückhaltung und Lagerung von Waren entstehen. Das Geld müßte sozusagen ähnlich verderblich gemacht werden wie die Waren - aber nicht über eine Inflation!

Inflation als ungeeignetes Mittel der Umlaufsicherung

Durch eine Inflation würde das Geld mit der Zeit zwar auch entwertet, aber die Entwertung würde nicht nur die Besitzer überflüssigen Geldes treffen, sofern sie ihr Geld horten, sondern die gesamte Wirtschaft (auf jeden Fall alle Bezieher fester Einkommen). Die Funktion des Geldes auch als Tauschmittel würde durch eine Inflation immer mehr unterhöhlt. Die Inflation ist also ein völlig ungeeignetes Mittel, um das zurückgehaltene Geld wieder in den Kreislauf zu treiben. Denn sie verdirbt auch das fließende Geld, und nicht nur das zurückgehaltene. Im übrigen treibt sie das Zinsniveau in die Höhe, weil sich die Geldkapitalbesitzer über einen erhöhten Zinssatz einen Inflationsausgleich sichern wollen. Und Zinserhöhungen verschärfen die Problematik, die ohnehin im Zins angelegt ist, noch um ein Vielfaches.

Umlaufsicherungsgebühr auf zurückgehaltenes Geld

Es müßte also eine Umlaufsicherung gefunden werden, die nur am zurückgehaltenen Geld ansetzt und nur dieses trifft und belastet - und dadurch in den Wirtschaftskreislauf treibt und nachfragewirksam werden läßt (sei es als zusätzliche Konsumnachfrage oder als Anlage auf dem Kapitalmarkt, die in Form von Krediten weiterfließt). Nennen wir diese Gebühr "Umlaufsicherungsgebühr auf zurückgehaltenes Geld". Die Einnahmen aus dieser Gebühr sollten dem öffentlichen Haushalt zufließen, aber der Sinn der Gebühr wäre nicht, möglichst viele Einnahmen zu erzielen, sondern dem Horten entgegenzuwirken.

Von einer solchen Gebühr erhofft sich die von Gesell begründete "Freiwirtschaftslehre", daß das Geld nicht mehr zurückgehalten wird, auch wenn der Zins unter die bisherige Untergrenze sinkt. Um der Umlaufsicherungsgebühr zu entgehen, würde das Geld auch bei niedrigen Zinsen in den Kreislauf zurückfließen, und eine sonst eintretende gesamtwirtschaftliche Kreislaufstörung würde vermieden. Indem Produktion und Investition ohne Unterbrechung und ohne Einbrüche fortgesetzt werden könnten, würde sich das Realkapital, z.B. in Form von Fabriken und Mietshäusern, weiter erhöhen.

Umlaufsicherung, wachsende Realkapitalbildung und Zinssenkung

Das dadurch wachsende Angebot an Waren bzw. an Wohnungen würde auf die Preise und auf die Rendite dieser Kapitalanlagen drücken, und entsprechend würden weitere Kredite nur noch nachgefragt, wenn sie billiger würden. Die Geldkapitalbesitzer, die aufgrund der Umlaufsicherungsgebühr ihr Geld nicht mehr beliebig zurückhalten könnten, müßten sich dann wohl oder übel auf sinkende Zinsen einlassen. Auf diese Weise würde der Zinssatz auf Geldanlagen langfristig immer weiter absinken und sich schließlich gegen Null bewegen. Dennoch Sorge die Umlaufsicherungsgebühr dafür, daß überflüssiges Geld auf den Kapitalmarkt fließt und der Wirtschaftskreislauf geschlossen bleibt. Mit dem allmählichen Absinken des Zinses würden auch dessen problematische Folgen mehr und mehr abgebaut, und die Wirtschaft könnte sich in Richtung einer weitgehend störungsfreien Selbstregulierung entwickeln. Hierzu bedarf es also keines Zinsverbots, sondern die Umlaufsicherungsgebühr würde den Zins nach den Gesetzen von Angebot und Nachfrage am Kapitalmarkt allmählich absinken lassen und die von ihm hervorgerufenen Krisensymptome allmählich abschwächen.

Sind die Grundsätze der Einführung einer Umlaufsicherungsgebühr erst einmal klar, dann gilt es in einem zweiten Schritt, die technischen Möglichkeiten hierfür durchzuspielen und praktikable und wirksame Formen dafür zu finden. Auf die technischen Details möchte ich an dieser Stelle nicht näher eingehen, sondern es bei einigen Andeutungen belassen. Man kann aber generell davon ausgehen: Wo ein ernsthafter politischer Wille vorhanden ist, sollte es auch an einer geeigneten technischen Ausgestaltung nicht mangeln.

Das "Freigeld"-Experiment von Wörgl

Einen entsprechenden politischen Willen hat es Anfang der 30er Jahre in der österreichischen Kleinstadt Wörgl am Inn gegeben, wo man offiziell in regional begrenztem Rahmen ein neues Geld mit Umlaufsicherungsgebühr eingeführt hat. Den Hintergrund bildete die Weltwirtschaftskrise mit ihren verheerenden Auswirkungen von Massenarbeitslosigkeit. Dem zugrunde lag seinerzeit in Deutschland und Österreich eine Deflationspolitik der Zentralbanken, das heißt eine Verknappung der Geldmenge, die den schwindenden Goldreserven angepaßt wurde. (Zu den massiven Goldabflüssen war es im Gefolge der Bankenkrise in den USA und der Kündigung amerikanischer Kredite an Deutschland und Österreich gekommen.) Durch die Geldverknappung war der Geldfluß ins Stocken geraten, und mit ihm der Fluß der Waren, so daß immer mehr Unternehmen zusammenbrachen. Die verfehlte Deflationspolitik der Zentralbanken und der damaligen Regierungen hatte die Wirtschaft regelrecht abgewürgt und tief in die Krise gestürzt.

In dieser Situation entschloß sich 1932 die Gemeinde Wörgl zur Einführung eines alternativen Geldes mit Umlaufsicherung, um auf diese Weise den Geld- und Warenfluß in ihrer Region wieder anzuregen. Dieses fließende Geld - weitgehend befreit vom Zins und deshalb auch "Freigeld" genannt - wurde an alle Beschäftigten der Gemeindeverwaltung ausbezahlt. Außerdem beteiligten sich etliche ortsansässige Firmen an diesem Experiment, und viele der örtlichen Läden nahmen dieses Geld als Zahlungsmittel an. So erreichte dieses Geld in kurzer Zeit einen hohen Grad an Akzeptanz, wurde zu einer Art allgemeinem Zahlungsmittel. Die weiter bestehende offizielle österreichische Währung wurde in dieser Region mehr und mehr durch das "Freigeld" ersetzt. Für das ausgegebene Freigeld wurde jeweils ein entsprechender Betrag österreichischer Schillinge eingezogen und hinterlegt. Schon in wenigen Monaten zeigten sich verblüffende Wirkungen dieses Freigeld-Experiments: Während überall die Massenarbeitslosigkeit weiterhin dramatisch anstieg, ging sie in Wörgl innerhalb eines Jahres um 25% zurück. Das Wirtschaftsleben, das bis dahin weitgehend gelähmt war, blühte wieder auf, und das soziale Elend begann sich deutlich zu vermindern. Die Menschen hatten wieder berechtigte Hoffnung, daß es wirtschaftlich wieder bergauf ging.

Die praktische Durchführung der Umlaufsicherung sah damals wie folgt aus: Auf jedem Geldschein waren 12 Felder, jedes stellvertretend für einen Monat des Jahres. Nach Ablauf eines Monats behielt der Geldschein nur dann seinen Wert von 100 und wurde nur dann akzeptiert, wenn eine Wertmarke von 1% des Nennwerts auf das entsprechende Feld geklebt wurde. Wer einen Geldschein also zwölf Monate zurückhielt, konnte ihn nur wieder in Umlauf bringen, wenn alle 12 Felder mit Wertmarken beklebt wurden. Das Zurückhalten von 100 Schillingen für die Dauer von 12 Monaten kostete also eine Gebühr von 12 Schillingen, also 12% (Abb. 64). Je schneller man das Geld wieder in Umlauf brachte, um so eher konnte man der Gebühr entgehen. Mit entsprechender Öffentlichkeitsarbeit war es offenbar gelungen, der Bevölkerung das Grundprinzip verständlich zu machen, und die meisten hielten sich an die vereinbarten Spielregeln. Die Wertmarken waren bei öffentlichen Ämtern und Ausgabestellen zu kaufen, und die entsprechenden Einnahmen flossen in die Gemeindekasse.

Die Geldblockierung wird gelöst

Die Folge dieser Regelung war, daß eingenommenes Geld nicht mehr länger zurückgehalten, sondern schnell weitergegeben wurde. Man könnte nun annehmen, daß durch den beschleunigten Geldumlauf eine Inflation entstehen müßte. Aber das ist nicht der Fall: Denn jeder kann nur so viel Geld wieder ausgeben, wie er auf der anderen Seite z.B. durch Arbeit und durch Produktion, also durch die Schaffung realer Werte, verdient hat. Dem so wieder verausgabten Geld stehen also auf der anderen Seite immer auch entsprechende Waren gegenüber, die nur darauf warten, abgesetzt zu werden. Was also durch die Umlaufsicherung geschieht, ist lediglich eine Lösung der Geldblockierung, nicht aber ein grenzenloses Überfluten des Kreislaufs mit Geld.

Der Kreislauf kann allenfalls dann überflutet werden, wenn das Geld - wie in den vorherrschenden Geldsystemen - lange Zeit und in großen Mengen gehortet wird, das heißt sich immer mehr Geld aufstaut, und dann aus irgendwelchen spekulativen Gründen plötzlich in den Kreislauf zurückfließt (z.B. aus Anlaß von Währungsspekulationen). Dann ist es tatsächlich so, als würden Dämme brechen. Wenn ein richtiger Staudamm bricht, so führt das zu großen Verwüstungen. Wäre der Bach dagegen gar nicht erst zu einem großen See aufgestaut, sondern in seinem natürlichen Fließen belassen worden, so hätte es auch nicht zu einer Überflutung kommen können. Ganz ähnlich ist es mit dem Geldfluß: Das Aufstauen des Geldes durch spekulatives Horten und die schlagartige Überflutung des Geldkreislaufs durch Enthorten schaffen erst die Probleme und Instabilitäten, die bei kontinuierlichem Fluß des Geldes gar nicht entstehen können.

Wörgl - Die Zerschlagung einer konkreten Utopie

Das Freigeld-Experiment von Wörgl ist übrigens nicht beendet worden, weil es gescheitert wäre, sondern umgekehrt: weil es zu erfolgreich war! Die unglaublich belebenden Wirkungen auf die Wirtschaft im Raum Wörgl hatten ein wachsendes Interesse an diesem Modellversuch geweckt - sogar weit über die Grenzen Österreichs hinaus. Aus aller Welt kamen Menschen, die sich mit den Ursachen des "Wunders von Wörgl" näher vertraut machen wollten. Allein in Österreich soll es über hundert Gemeinden gegeben haben, die ein ähnliches alternatives Geldsystem mit Umlaufsicherung einführen wollten. Diese Entwicklung bildete den Hintergrund dafür, daß die österreichische Zentralbank die Notbremse zog und sich in einem Prozeß gegen die Gemeinde Wörgl auf ihr Monopol in Sachen Geldversorgung berief - und Recht bekam.

Damit war ein hoffnungsvolles Experiment, die konkrete Utopie eines zinslosen Geldsystems - von den Gegenkräften zerschlagen worden. Derartige Rückschläge ändern aber nichts daran, daß es wichtig ist, alternative Visionen einer lebenspositiven Zukunft immer wieder lebendig zu halten, weiterzuentwickeln und zu verbreiten und die Erinnerungen an historische Vorbilder zu wecken, wenn sie allzusehr in Vergessenheit geraten sind. Innerhalb der freiwirtschaftlichen Bewegung ist das Freigeld-Experiment von Wörgl natürlich allgemein bekannt, aber außerhalb von ihr hat es sich in heutiger Zeit noch viel zu wenig herumgesprochen. Dabei könnte die Aufarbeitung dieses Modells und anderer Modellversuche zu alternativen Geld- und Tauschsystemen wichtige Anregungen geben für entsprechende Versuche in der heutigen Zeit (33)

Elektronisches Geld mit Umlaufsicherung?

Für eine ganze Volkswirtschaft und in der heutigen Zeit müßte die technische Ausgestaltung der Umlaufsicherung vermutlich anders aussehen als seinerzeit in Wörgl. Wenn man bedenkt, daß schon jetzt ein wachsender Teil der Zahlungsvorgänge bargeldlos abgewickelt wird (über Scheck, Überweisung, Kreditkarte, Telefonkarte usw.) und daß dieser Anteil noch wachsen wird, wäre längerfristig an eine automatische elektronische Abbuchung der Umlaufsicherungsgebühr zu

denken. Bei jeder Eingabe einer Kreditkarte oder eines elektronisch aufgeladenen Plastikgeldes in einen entsprechenden Automaten (in den Kaufhäusern, Supermärkten, Restaurants, Tankstellen, Banken, öffentlichen Telefonen, öffentlichen Verkehrsmitteln usw.) könnte jedesmal elektronisch der entsprechende Betrag errechnet und abgebucht werden, der für die zeitweilige Nichtverwendung des Geldes anfällt. Die Computer der Banken machen es ja heute schon so, daß sie für jeden Tag die entsprechenden Zinsen für die Überziehung eines Kontos automatisch verbuchen und am Monatsende eine entsprechende Abrechnung schicken. Warum sollte nicht etwas Entsprechendes möglich sein für das auf dem Girokonto zurückgehaltene, nicht weitergeflossene Geld? Mit dem Unterschied, daß die entsprechenden Gebühren in diesem Fall nicht den Banken, sondern dem öffentlichen Haushalt zufließen würden. Wer diese Umlaufsicherungsgebühr weitestgehend vermeiden will, brauchte nur sein Geld von seinem Girokonto auf sein Sparkonto zu übertragen, wo es von der Gebühr unbelastet wäre - und von wo aus es als Kredit weiterfließen könnte an andere Wirtschaftsteilnehmer, die auf den Geldfluß angewiesen sind.

Mindestens also für die bargeldlosen Zahlungen könnte das "elektronische Geld" ohne technische Schwierigkeiten mit einer Umlaufsicherungsgebühr ausgestattet werden - wenn man es politisch will. Und für das noch verbleibende Bargeld ließen sich auch noch technisch praktikable und wirksame Wege finden - und sei es auch nur für die großen Scheine. (In kleinen Scheinen oder gar in Münzen werden größere Geldsummen sowieso nicht gehortet, und kleine gehortete Beträge bringen keine größeren Störungen in den Wirtschaftskreislauf.)